

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 75

28. AUGUST 1990

50 Pfennig

Bundesmarine kreuzt auf Abruf im Mittelmeer USA/NATO – Raus aus dem Persischen Golf!

25. AUGUST – Die USA haben die größte militärische Mobilmachung seit dem Vietnamkrieg in Gang gesetzt, mit einer Truppenstärke von mehr als 100 000 Mann und Hunderten von Kampfflugzeugen und Bombern, die in Saudi-Arabien und im Persischen Golf stationiert sind oder dorthin verlegt werden. Sie haben drei Flugzeugträgergruppen vor Ort, und eine vierte ist unterwegs, um Saddam Husseins Irak mit einer Blockade zu überziehen und das Land auszuhungern. Den Kriegstreibern im Pentagon haben sich ihre Alliierten in der NATO und im Nahen Osten angeschlossen, um die Welt sicher zu machen für Monarchie und Ölmonopole. Die US-Imperialisten als Weltpolizisten glauben, daß sie „eine Linie im Sand“ ziehen können. Stattdessen kann es ihnen passieren, daß ihr Expeditionskorps im Morast des Nahen Ostens versinkt.

Bonn fiebert vor Ungeduld, in Aktion zu treten und der Welt zu zeigen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland eine Weltmacht sein wird. Aber die FDP und die SPD wollen erst den Anschluß über die Bühne bringen und die Verfassung ändern, ehe die Bundeswehr ihr Gewicht in die Waagschale wirft. Wie der SPD-„Sicherheitspolitiker“ Horst Ehmke gesagt hat: „Laßt uns bloß nicht mitten in diesem komplizierten Prozeß der Einigung die Finger in die Wurstmaschine stecken.“ Bis jetzt hat die BRD nur ein Minensuchgeschwader ins Mittelmeer geschickt, um andere NATO-Schiffe zu ersetzen, die in den Golf verlegt worden

Fortgesetzt auf Seite 13



Reuter

Spartakisten in Australien gegen imperialistischen Aufmarsch im Golf mit der Losung: „Australische/US-Truppen raus aus dem Persischen Golf!“

Verteidigt die Sowjetunion!

Der folgende Brief der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) wurde am 9. August, kurz nach dem amerikanischen Militäraufmarsch im Persischen Golf, an die sowjetischen Botschaften sowie an den Oberkommandanten der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland übergeben.

An die Botschaft der
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Washington, D. C. und Paris
Mission der UdSSR bei den Vereinten Nationen

Werte Botschafter:

Die amerikanischen Imperialisten haben eine lokale Unruhe am Persischen Golf zum Anlaß genommen, um

die Militärmacht der USA erheblich auszuweiten. Angesichts dieser eskalierenden imperialistischen Provokation verlangt die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten), daß die sowjetische Regierung unverzüglich ihr Waffenembargo gegen den Irak aufhebt. Die Provokation der USA ist ein Stolperdraht zu einem Weltkrieg und stellt eine große Gefahr für die gesamte Menschheit dar.

Mit hemmungsloser Heuchelei und im Namen der „Freiheit“ versuchen die USA ihren Würgegriff über die Erdölreserven der Welt abzusichern. Die erstmalige Einrichtung von amerikanischen Militärbasen in Saudi-Arabien und eine Seeblockade, die den Irak solange aushungern soll, bis er sich unterwirft, stellen nicht nur

Fortgesetzt auf Seite 14

Briefwechsel über PDS-Austritt

Folgender Briefwechsel bezieht sich auf die Austrittserklärung eines Genossen aus PDS und Kommunistischer Plattform, die in Spartakist Nr. 74 (24. Juli) abgedruckt wurde.

Werter Herr N.!

Angesichts Ihrer Aussage, daß es „ein progressiver Akt ... (war) ... als das Breschnew-Regime entschieden hat, die Rote Armee nach Afghanistan einmarschieren zu lassen, um die Errungenschaften ... gegen die von der CIA bezahlten Contras (? K. H.) zu verteidigen ...“ und es „aber besser ... (sei) ... den Imperialismus in Afghanistan zu bekämpfen und seinen Vormarsch in Deutschland zu stoppen, als in der Sowjetunion selbst“, fragte ich mich zunächst, ob ich nicht eventuell eine „Spartakist“-Ausgabe von 1980 oder erwischt hätte. Allzu bekannt kommt mir die hier angeschlagene Rhetorik vor – halten doch den Sozialismus in seinem Lauf wenn es Ochs und Esel nicht schaffen, dann doch auch Panzer nicht auf?

Die bestehenden globalen und massiven sozialen Probleme weltweit, schreien nach friedlicher, kreativer und engagierter Verständigung und breit von der Bevölkerung getragenen Engagement [und] benötigen vielfältige materielle, finanzielle und geistige Konstruktivressourcen und m. E. keine Bürgerkriege und Destruktivkräfte (Waffen).

Angesichts der immer noch immens angehäuften Waffen mit ihren noch immer unkalkulierbaren Kosten und Risiken erscheint die (übrigens besonders von Stalinisten/Maoisten) auch gern benutzte Methode bewaffneter Auseinandersetzungen zur Führung des „Klassenkampfes“ nicht nur immer sinnloser und gefährlicher sondern immer verantwortungsloser. Wie weit reicht unser Horizont? Auf der einen Seite findet sich eine *Gemeinsamkeit* in der Ablehnung des (auch von Breschnew fundierten) stalinistisch-bürokratischen Systems – auf der anderen Seite begrüßen Sie dennoch diese gerade jenem Denken entsprungene Intervention. Was brachte Sie denn nun – diese Intervention – für die Menschen; für die (de facto) in Afghanistan gar nicht existente Arbeiterklasse, zu deren Gralshüter sich die „Hammer-Linken“ der 4. Internationale ernannt haben – oder für die Arbeiterklasse in der Sowjetunion.

Der Gedankengang, daß es besser sei, den „Imperialismus“ im Vorfeld zu stoppen (m. E. große Ähnlichkeit mit der NATO-Strategie) würde in der Ihren Schreiben immanenten Diktion auch den „Himmlischen Frieden“ made in Peking oder seine im Versuchsstadium geplatzte Verschnittvariante von Leipzig als höchst erstrebens- und ehrenwert erscheinen lassen.

In diesem Sinne kann ich Ihnen wirklich nur zum Austritt aus der PDS und noch mehr der PDS zu Ihrem Austritt gratulieren.

Mit freundlichen Grüßen
Knut Hirschfeld
Alternative Jugendliste Berlin

Werter Knut Hirschfeld!

Es ist einfach internationalistische Pflicht, die afghanischen werktätigen Massen gegen die CIA-Mörderbanden zu verteidigen. Das Wüten der von der CIA bezahlten „Freiheits“kämpfer ist nur eine der unzähligen, schmutzigen, inhumanen und vor allem kriegerischen Handlungen des „demokratischen“ Imperialismus. Die Rote Armee unterstützte mit ihrer Intervention fortschrittliche Maßnahmen gegen die unmenschliche, feudalistische Unterdrückung der Frauen wie die Aufhebung der Schleierpflicht und eine Alphabetisierungskampagne zum ersten Male auch für Mädchen.

Der Rückzug der Roten Armee unter dem Druck der imperialistischen Bedrohung der Sowjetunion (die Contras sind *nicht* weg!) leistete dem nationalistischen Bürgerkrieg im Süden der Sowjetunion selbst Vorschub und führte zu einer verstärkten imperialistischen Bedrohung der sowjetischen Grenze.

Als einziges Beispiel für „Gewalt“ erwähnen Sie die fortschrittliche Aktion der Roten Armee in Afghanistan. Zufall? Sicher nicht. Die alltägliche kriegerische Expansionspolitik des Imperialismus wie in Vietnam, Nicaragua, Grenada bis zu den Massakern in Panama fand für Sie wohl nie statt. Wollen Sie den derzeitigen Angriff des US-Imperialismus und der NATO auf das irakische Öl, schäbigerweise von den Kreml-Bürokraten unterstützt, jetzt auch in Anführungszeichen setzen?!

Gerade heute, und *nicht* 1950 oder 1980, besteht die Gefahr der Entstehung eines Vierten Reichs, in dem Antisemitismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus und Faschismus hochgepeitscht werden. Gorbatschows „grünes Licht“ für Modrows „Deutschland, einig Vaterland“, NVA in die NATO und Rote Armee raus (wie Afghanistan) gibt den imperialistischen Appetiten zur Ausdehnung eines neuen, großdeutschen Vierten Reichs nach Osten nur mehr und mehr Futter.

Heute nennt sich jeder Antistalinist. Ich greife die Stalinisten an wegen ihres Ausverkaufs proletarischer Interessen, von Afghanistan bis zur DDR. Deshalb haben Trotzisten in der Tat Seite bezogen für den Aufstand der Studenten und Arbeiter in China, wie schon beim Arbeiteraufstand 1953 in der DDR oder 1956 in Ungarn. Wenn aber eine wirkliche vom Imperialismus angefachte konterrevolutionäre Gefahr droht, beziehen wir militärisch Seite gegen sie, wie in Polen 1981 gegen Solidarność' Griff nach der Macht. Proletarischer Internationalismus ist dem defätistischen Mythos vom „Sozialismus in einem

Fortgesetzt auf Seite 14

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit,
Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Len Markow,
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Federico Parodi,
Mark Richard, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur),
Uli Voss, Fred Zierenberg

Vertrieb: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11; Fax: (0 40) 33 01 54
Kontakt und Korrespondenz, Spartakist: Redaktion (0 30) 4 91 45 48
c/o Verlag Avantgarde, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51
Postfach 2002, Berlin 1026, DDR
Abonnement (16 Ausgaben): DM 10, – Postgirokonto Frankfurt/Main 119 88-601
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
Registriernr. 1731 des Presse- u. Informationsdienstes der DDR – ISSN 0173-7430

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Anschluß entrechtet die Frauen

Zusammen mit eingewanderten Arbeitern und Minderheiten sind die Frauen in der DDR die ersten Opfer des kapitalistischen Anschlusses. Wir drucken hier einen Bericht von zwei Berliner Unterstützerinnen der SpAD vom 1. August ab, die beide in „Kurzarbeit“ geschickt worden sind.

Aus den Medien der BRD vernahm man sehr oft, daß Frauen in der DDR gezwungen waren, arbeiten zu gehen, um ihre Familie als Zweitverdiener mitzuernähren. Dabei wird oft vergessen, daß es vielen Frauen ein Bedürfnis war, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Viele Frauen sind sich dessen bewußt, daß sie nach den gesamtdeutschen Wahlen ihrer Rechte gerade im Berufsleben beraubt werden.

Wie sah es bis Juli dieses Jahres aus? Bisher konnten Frauen selbst entscheiden, ob sie Nachtschichtarbeit machen wollen oder nicht. Das bundesdeutsche Gesetz spricht ihnen dafür ein Verbot aus (speziell in der Industrie). Es soll dem „Schutz der Frau“ dienen. Nur bei schwangeren Frauen war es bisher üblich, sie von Nachtschichtarbeit und Überstunden zu entbinden. Für Schwangere galten unter anderem weitere Regeln: Sechs Wochen vor dem Entbindungstermin erhielten sie Schwangerschaftsurlaub und nach der Entbindung weitere 20 Wochen Genaungsurlaub. Bei Bedarf bzw. fehlendem Krippenplatz konnten sie Freistellung bis zu einem Jahr beantragen. In diesem Zeitraum erhielten sie den Nettodurchschnittslohn.

Weiter war der Betrieb verpflichtet, in der Zeit des Arbeitsausfalls ihnen die Möglichkeit der Aus- bzw. Weiterbildung zu bieten. Nach Ablauf der Freistellung war er weiter verpflichtet, die junge Mutter wieder in den Arbeitsprozeß zu integrieren.

Man kann zusammenfassend feststellen, daß die Bedingungen für Frau und Kind günstig waren. Das kann man auch dadurch sehen, daß die Scheidungsquote in der DDR weltweit am höchsten lag. Die Frau war auch ohne Mann in der Lage, sich ihre eigene Existenz aufzubauen bzw. zu erhalten. Alleinstehende erhielten bevorzugt Wohnraum, Krippenplätze und hatten die Möglichkeit, verkürzt arbeiten zu gehen.

Wie sieht es jetzt aus für unsere Frauen: Das Arbeitsgesetzbuch ist seit dem 1. Juli außer Kraft. Damit entfällt unter anderem der Kündigungsschutz für schwangere Frauen und Alleinerziehende. Sie sind die ersten, die von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen sind. Das bedeutet nicht nur zurück an Heim und Herd, sondern auch in die bürgerliche Ehe mit all ihren Konsequenzen.

Der Kampf gegen Paragraph 218, für den Erhalt von Schulspeisung, Horten, Krippen oder Kindergartenplätzen zeigt deutlich, daß den Frauen bewußt ist, was sie zu verlieren haben. Dieser Kampf darf aber nicht zersplittert und isoliert geführt werden. Er muß verbunden werden mit dem Kampf aller unterdrückten Minderheiten, wie Ausländer, Homosexuelle, Roma und Cinti. Gegen jeden Angriff müssen sie sich gemeinsam wehren, das bereits Errungene muß verteidigt und geschützt werden, nur so kann der Kampf erfolgreich sein.

Jana und Ramona

Bernburg darf nicht zur Geisterstadt werden!

Die D-Mark, die von breiten Teilen der Bevölkerung für das „Allheilmittel“ aus der ökonomischen und politischen Misere nach 40 Jahren SED-Herrschaft gehalten wurde, beginnt in der DDR ihr wahres Gesicht zu zeigen. Den Werktätigen wird auf brutalste Art und Weise klargemacht, daß es wahrhaftig keine Selbstverständlichkeit mehr ist, einen Arbeitsplatz für sich zu beanspruchen, der es ermöglicht, das nötige Geld zu erarbeiten, um für sich selbst und die Familie aufzukommen – jede Woche folgen neue Massenentlassungen.

So auch in Bernburg, einer Industriestadt zwischen Halle und Magdeburg, in der 50 000 Menschen leben, von denen ein Großteil in der chemischen Industrie (Sodawerk), im Bergbau (Kali- und Steinsalzwerk), in der Arzneimittelindustrie (Serumwerk) und im Zementwerk arbeiten. Im Sodawerk bekamen kürzlich 400 Werktätige einen Wisch ins Haus, auf dem ihnen mitgeteilt wurde, daß der Betrieb es sich nicht mehr leisten könne, sie vollzeitig zu beschäftigen. Kurzarbeit – der Anfang vom Ende, das für andere Arbeiter dieses Werks schon Realität geworden ist, die von vornherein entlassen wurden.

Das Serumwerk entließ Anfang Juni die Hälfte der dort Beschäftigten, die restlichen wurden mit Kurzarbeit abge-

speist. Schlimmer noch im Zementwerk, das für seinen Qualitätszement in der ganzen Welt einen guten Ruf und entsprechende Abnehmer hatte. 1140 Arbeiter können hier nicht mehr voll bzw. überhaupt nicht mehr arbeiten.

Und wie überall sind die ausländischen Arbeiter die ersten, die entlassen und angegriffen werden. Aus den Bernburger Betrieben sind 90 Prozent der mosambikanischen Arbeiter bereits abgeschoben worden, rassistische und ausländerfeindliche Angriffe sind eine tägliche Erscheinung. Die Fronttruppen des wiedererstarkenden Vierten Reichs erheben immer frecher ihr Haupt. So wurden in der Bernburger Zelt-Diskothek mosambikanische Arbeiter von Nazis angegriffen. Ein Mosambikaner wurde mit einem Messer schwer verletzt. Als sich die Arbeiter gegen die Nazis verteidigten, wurden sie aus der Diskothek rausgeschmissen.

Mit Werbesprüchen wie „Wohlstand für alle“ haben CDU und ihre sozialdemokratischen Zuspäher vor der Volkskammerwahl Propaganda betrieben. Auch die PDS predigte im Fahrwasser der SPD, daß „soziale Marktwirtschaft“ die einzig mögliche Alternative sei. Jetzt werden ganze Industriezweige und ein großer Teil der Arbeiterklasse zerstört. Viele sind verzweifelt, fühlen sich betrogen, entmündigt und ihrer elementarsten Rechte beraubt. Es ist an der Zeit, daß die Arbeiter ihre Macht ins Spiel bringen und die Leute stoppen, die uns unsere Arbeit, unsere Kindergartenplätze, unsere niedrigen Mieten nehmen wollen.

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

An PDS-Genossen, die Kommunisten sein wollen

Nachfolgend drucken wir in gekürzter und leicht redigierter Form die Schlußbemerkungen des Spartakist-Referenten bei einer Schulung am 28. Juli in Hamburg über „Das Übergangsprogramm von Leo Trotzki und seine aktuelle Bedeutung“, zu der eine Reihe von PDS-Genossen aus der DDR gekommen waren.

Viel von dem, was wir heute zu sagen haben, steckt schon in der Gründung der Kommunistischen Internationale, bevor sie stalinisiert wurde. Bevor sie nur zu einem Mittel der Außenpolitik von Stalin degradiert wurde, gab es einen ständigen Kampf innerhalb der Kommunistischen Internationale, wie die Parteien im Westen die Macht erobern können, welche Politik die Partei in der Sowjetunion verfolgt, welche Politik die Parteien in den Kolonien verfolgen.

Für mich wäre das eine „gute Basisgruppe der PDS“ (von der hier die Rede war), die sich in den Betrieben darum kümmert, daß es starke Gewerkschaften gibt, die

gegen Entlassungen kämpfen; daß die Arbeiter der verschiedenen Betriebe sich miteinander verbinden, daß sie die eingewanderten Arbeiter gegen Entlassungen verteidigt usw. Und vor allem, daß sie diese eingewanderten Arbeiter gegen rassistischen Terror verteidigt. Und ein Beispiel dafür sind die Mosambikaner und die Vietnamesen, die bedroht werden in den Straßen. Daß wir heute in die Offensive gehen und nicht erst, wenn die Scheiben von unseren Wohnungen eingeschmissen werden, wenn unsere Kinder verprügelt sind oder Schlimmeres passiert. Wenn alle unsere Mitglieder unsere Jobs verloren haben. Damit wir nicht erst eine Verteidigung organisieren gegen faschistische Überfälle, gegen Faschisten, wenn es die ersten Schwerverletzten und Toten gibt. Und ihr werdet feststellen, daß indem ihr diesen Kampf anfangt, es sofort eine Trennungslinie gibt zur Führung eurer Partei.

Sobald ihr eine Verteidigungsaktion organisiert zusammen mit anderen Parteien, eine Aktionseinheit gegen Faschisten, und dabei machen einige Faschisten mit dem Straßenpflaster Bekanntschaft, wird eure Parteiführung intervenieren und sagen, so nicht, wir sind eine legale Partei, man muß die VP anrufen – damit es mehr Tote gibt. Das ist wohl das beste Beispiel überhaupt zur Frage der Notwendigkeit einer eigenen Verteidigung der Arbeit-

Spartakist-Schulungsserie

Berlin

Donnerstag, 30. August, 18.00 Uhr

**Stalinismus am Ende, der Kommunismus lebt!
Für proletarisch-politische Revolution von Moskau bis Hanoi**

Donnerstag, 27. September, 18.00 Uhr

**Kapitalistischer Anschluß: Sklaverei für Frauen.
Für ersatzlose Streichung der Paragraphen 218 und 219!**

Grünauer Straße 5, 1. Stock, Berlin 1190
(S-Bahnhof Schöneweide)
Telefon: Westberlin 492 78 66

Bernburg

Mittwoch, 5. September, 18.00 Uhr

**Stalinismus am Ende, der Kommunismus lebt!
Für proletarisch-politische Revolution von Moskau bis Hanoi**

Mittwoch, 19. September, 18.00 Uhr

**Kapitalistischer Anschluß: Sklaverei für Frauen.
Für ersatzlose Streichung der Paragraphen 218 und 219!**

Jugendklub, Zepziger Weg, Bernburg
Telefon: Halle 29055

Halle

Freitag, 31. August, 18.00 Uhr

**Stalinismus am Ende, der Kommunismus lebt!
Für proletarisch-politische Revolution von Moskau bis Hanoi**

Freitag, 14. September, 18.00 Uhr

**Kapitalistischer Anschluß: Sklaverei für Frauen.
Für ersatzlose Streichung der Paragraphen 218 und 219!**

Kultur- und Tagungszentrum, Raum 30
Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 29055

Eggesin

Samstag, 8. September, 14.00 Uhr

**Für eine leninistisch-trozkistische Partei!
Für die Wiedergeburt der Vierten Internationale!**

Randow-Bar, Bahnhofstraße, Eggesin

Sonntag, 16. September, 14.00 Uhr

**Kapitalistischer Anschluß: Sklaverei für Frauen.
Für ersatzlose Streichung der Paragraphen 218 und 219!**

Jugendklub, Am Bahnhof 12, Eggesin

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

terklasse, daß diese Volkspolizei von Diestel nichts tut, um irgendeinen mosambikanischen Arbeiter gegen die Faschisten zu verteidigen. Nichts, absolut nichts. Also hier zu sagen, das Gewaltmonopol liegt beim Staat und der soll seine Aufgaben wahrnehmen, ist absoluter Blödsinn.

Die Politik der PDS ist Lichtjahre entfernt von der Politik der kommunistischen Partei, nämlich die Ausgebeuteten, Unterdrücktesten zu führen im Kampf gegen den Kapitalismus. Die Konzeption der PDS ist eine sozialdemokratische Wahlpartei. Ihre Politik ist Kapitulation vor der Sozialdemokratie, um irgendwie einen Platz an der Sonne zu kriegen. Das ist fast schon mysteriös, da muß man schon religiös sein, um das zu verstehen, es ist so selbstmörderisch, daß praktisch jeder draufkommt. Es sei denn, er will nicht draufkommen.

Die Frage nach einem revolutionären Programm ist nicht die Frage danach, irgendetwas gelesen zu haben, sondern es ist eine Anleitung zum Handeln. Das ist das Entscheidende bei der ganzen Sache. Wir möchten erklären, daß die PDS die Illusion hat, das Vierte Reich irgendwie verschönern zu können. Und daß es darum geht, das Vierte Reich zu bekämpfen, sonst reißt es uns in eine Katastrophe, wie wir sie vor 50 Jahren gehabt haben.

Die USPD hat 200 000 vor allem Arbeiter an die VKPD geben können, weil am 31. Dezember 1918 die KPD gegründet worden ist. Nur deshalb. Und wenn wir von der PDS reden, reden wir von der Partei, von ihrem Programm und von ihrer Führung. Denn die bestimmen schließlich die PDS. Aber wir wissen auch, daß es an der Basis der PDS und nicht unbedingt nur dort, Leute gibt, die ihre kommunistischen Ideale verwirklicht sehen wollen, für die

sie einmal in diese Partei oder in die SED eingetreten sind.

Dazu muß man aber sagen, daß jeder Versuch, aus der SED oder der PDS eine kommunistische Partei zu machen, den Bach runtergegangen und diskreditiert ist durch die Kommunistische Plattform. Diese Partei hat sich seit der SED und seit dem November nur nach rechts entwickelt, und die Kommunistische Plattform hat dabei mitgewirkt und nichts daran verändert. Und Fred Beuchel hat klipp und klar erklärt, daß es nicht darum geht, die PDS zu „kommunistizieren“. Und das ist es, ein bißchen Musik. Und sobald es in dieser Partei eine kommunistische Opposition gibt, wird Gysi zu Diestel hingehen und sagen, wir schließen diese Leute aus, denn wir sind nicht radikal oder linksextrem.

Wo sind die Grenzen des Verrats, ist die Sache, die man sich heute fragen muß. Kommunist sein heißt für die Interessen der Arbeiterklasse zu kämpfen, und das heißt, jetzt, hier und heute in Deutschland eine kommunistische Arbeiterpartei aufzubauen. Das wird darüber entscheiden, wie der Klassenkampf weitergeht und wie Europa aussehen wird. Und die Arbeiter, die am 18. März CDU oder SPD oder PDS usw. gewählt haben und damit alle eigentlich für Deutschland, einig Vaterland gewählt haben, diese Arbeiter haben inzwischen alle etwas darüber gelernt, was es bedeutet. Es hat Kämpfe gegeben, und es wird weitere Kämpfe geben. Die Frage ist, ob die Partei, die Spartakist- Arbeiterpartei Deutschlands, Kader haben wird in wichtigen Betrieben, um diese Kämpfe weiterzutreiben und der Kontrolle der Sozialdemokratie zu entreißen, damit daraus Siege für die Arbeiter werden und nicht Siege der imperialistischen Bourgeoisie über die Arbeiter.

Schluß mit der Hexenjagd!

Verteidigt das Recht der Arbeiter auf Organisation!

Mit einem Gesetzentwurf zur „sofortigen Enteignung der ehemaligen Blockparteien sowie Massenorganisationen“ hat die DSU jetzt direkt die ehemaligen FDGB-Gewerkschaften im Visier. Und dabei handelt es sich keineswegs um eine einsame Rechtsaußen-Initiative der DSU. Wie immer waren SPD- und DGB-Führung die Vorreiter bei der Hexenjagd im Dienste der „Demokratie“. Bereits im Juni erklärte der Pressesprecher der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie: „Wir richten uns darauf ein, daß die Gewerkschaften aus der DDR mit nichts kommen, außer mit Mitgliedern“. Und Monika Wulf-Mathies fügte hinzu, „auch die ÖTV legt keinen Wert auf DDR-Vermögen“ (*Frankfurter Rundschau*, 23. Juni).

Das Vierte Reich kündigt sich an mit Gleichschaltung, Berufsverboten und Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Die SpAD steht auf der Seite der Gewerkschafter, die sich gegen die Enteignungsversuche wehren. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Hände weg von PDS und FDJ! Hände weg von den Gewerkschaften!

Mit einem Offenen Brief an die „Regierung der DDR“ (siehe *Spartakist*, 24. Juli) stellten wir fest, daß sich die SpAD weigert, ihre Finanzen offenzulegen und in treuhänderische Verwaltung an den Makler des Vierten Reichs zu übergeben. Wir forderten darin „alle proletarischen und linken Organisationen sowie alle, denen die Bürgerrechte am Herzen liegen“ dazu auf, unserem Beispiel zu folgen und in einer gemeinsamen Aktion die Absicht der Bour-

geoisie, die linken und Arbeiterorganisationen, insbesondere aber die PDS zu enteignen, zu durchkreuzen.

Die Antwort der PDS auf unseren Offenen Brief war am 25. Juli in *Neues Deutschland* zu lesen: Selbstenteignung durch minutiöse Finanzaufstellung der Partei. Dazu bot die PDS der SPD noch als „Akonto“-Zahlung 50 Millionen D-Mark an. Demnächst werden vielleicht noch die Mitgliedslisten veröffentlicht, solange es nur von der Volkskammer mehrheitlich beschlossen wird. In ihrem Bestreben, den sozialdemokratischen Hexenjägern immer ähnlicher zu werden, ist die PDS unfähig, sich selbst zu verteidigen. Dazu behauptete ND, daß die PDS nie mit dem Geld im Ausland zu tun hatte, dies sei allein Schalck-Golodkowskis Sache gewesen, und sie verweisen auf die DKP. Was kann das anderes bedeuten als die Aufforderung an den noch-westdeutschen Staat, daß er sich doch bitte mal um das Vermögen der DKP kümmern soll.

Angesichts der Hexenjagd antwortet die PDS-Führung jetzt mit einer Hexenjagd kleineren Stils innerhalb der Partei auf die zunehmende Kritik und Polarisierung in ihren eigenen Reihen. Als eine „Arbeitsgruppe Radikale Linke in der PDS“ ihr Grundlagenpapier veröffentlichte und darin auch gegen den Kapitulationskurs von Gysi und Brie Stellung nahm, war dies „mit Programm und Statut der PDS nicht vereinbar“. Wie Gysi bereits in Köln ankündigte: „Mit Stalinisten und Sektierern nicht wieder“.

Fortgesetzt auf Seite 6

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Verteidigt Organisationsrecht...

Fortsetzung von Seite 5

Ob er wirklich glaubt, damit den Kriterien des Bundesinnenministers Schäuble zu genügen, der bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts erklärte, bei der PDS müsse überprüft werden, „wie die Zusammenarbeit mit Linksextremisten aussieht“? So hat zumindest die PDS-Lichtenberg sich als Handlanger Diestels und Schäubles betätigt, als sie in der Stadtbezirksversammlung gemeinsam mit CDU und SPD für die „Einleitung notwendiger Maßnahmen“ gegen die Antifa-Lichtenberg abstimmte.

Die SpAD hat sich mit der Aufforderung an alle linken Organisationen gewandt, gemeinsam die Offenlegung des Parteieigentums zu verweigern. Während unser Protest bei der Basis dieser Organisationen sofort auf Sympathie stieß, wurde unser Angebot von den Parteiführungen bisher verworfen. Die Berliner KPD-Zentrale beispielsweise lehnte mit teilweise widersprüchlichen Begründungen gemeinsame Aktionen in diesem Falle kategorisch ab. Vielleicht weil die KPD wie auch Die Nelken und VL prinzipiell nichts dagegen haben, ihre Parteilarbeit mit staatlichen Subventionen finanzieren zu lassen. Die SpAD hat sich von Anfang an prinzipiell gegen diese Methode gewandt, Geld von Modrow oder gar von Kohl und de Maizière zu nehmen, um eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen.

Von der Hallenser Gruppe der Nelken wurde unser Vorschlag für eine gemeinsame Aktion sehr offen aufgenommen. Wir waren uns einig, daß der Staat in den Finanzen von Parteien und Arbeiterorganisationen nichts zu suchen hat. Allerdings hatte zu diesem Zeitpunkt die nationale Führung der Nelken schon längst, ohne Wissen der Mitglieder, die Abrechnung gegenüber der Regierung gemacht, wie uns der Vorsitzende der Nelken mitteilte.

Die Weigerung der Vereinigten Linken, ihre Finanzen zu veröffentlichen, erfolgte mit dem Hinweis, daß sie keine Partei sei und das Gesetz demzufolge nicht auf sie zuträfe.

Die VL mag vielleicht annehmen, daß dies ein ganz besonders cleverer Schachzug ist. Aber sie weigert sich damit, für grundlegende bürgerliche Rechte zu kämpfen. Stattdessen spielt sie sich als Vermittler für antikommunistische und sozialdemokratische Wahlbündnisse auf. Was alle diese Organisationen auch immer öffentlich zum besten geben mögen, dahinter steht, daß sie nicht bereit sind, die PDS gegen diese Hexenjagd zu verteidigen.

Jetzt will die PDS glauben machen, daß mit der Wahl der „Linken Liste“ und mit einer Volksfront für einen besseren Kapitalismus alles gelöst wird. Die bis jetzt Hunderttausenden von Arbeitslosen und Kurzarbeitern werden sich z. B. für die Lüge von der „sozialen Marktwirtschaft“ schon herzlich bedanken. Und nun versucht die PDS im Westen alles, was sie kriegen kann, zu einer Wahlpartei zusammenzuzimmern. Die DKP fassen sie dabei nur mit ganz spitzen Fingern an, um ihre „Vorstellungen über den demokratischen Sozialismus nach dem Ende der DDR“ (André Brie) salonfähig zu machen.

Wie wir in unserem Flugblatt (auch zitiert in ND, 21. Juli) geschrieben haben: „Wir brauchen eine wirkliche *Einheitsfront*, eine wirkliche Einheit *in der Aktion* von allen Kräften, die gegen diese sinistre Hexenjagd kämpfen wollen. Aber diese Einheit im Kampf wird gelähmt durch die sogenannte ‚Einheit der Linken‘: d. h. politische Einheit mit denen, die kapitulieren wollen, oder sogar mit den Hexenjägern von der SPD selbst. ‚Einheit der Linken‘ und Einheit der Linken *in der Aktion* sind *unvereinbar*.“

Die Maßnahmen der großen antikommunistischen Koalition gegen die PDS und die geplante völlige Zerschlagung des FDGB zielen darauf ab, jeden Arbeiterwiderstand gegen Verelendung und Massenarbeitslosigkeit von vornherein zu ersticken. Deshalb der forcierte Aufbau der Polizei als Bürgerkriegstruppe und der schnelle Anschluß, um die Bundeswehr in Stellung zu bringen. Die Frankfurter Bankiers und ihre Marionetten von Kohl bis Lafontaine fürchten zurecht die deutsche Arbeiterklasse.

ÖTVler, S-Bahner: Entfesselt Eure Macht!

BERLIN, 21. AUGUST – Zwischen 11 und 12 Uhr ging nichts mehr: Feuerwehr, Wasserwerker, Stadtreinigung, Straßenbahnen, U-Bahnen und Busse der BVB sowie Magistratsangestellte, Beschäftigte des Gesundheitsdienstes und von Kindertagesstätten ließen vor dem Roten Rathaus ihre Macht spüren, um ihre Forderung nach Lohnerhöhungen durchzusetzen. 1,6 Millionen Werktätige im Staatsdienst, das sind etwa 15 Prozent aller Werktätigen in der DDR, kämpfen gegen die Senkung ihres Lebensstandards nach dem 1. Juli. Busfahrer beispielsweise haben netto 230 DM weniger in der Lohntüte, von einem Ausgleich für die horrenden Preissteigerungen ganz zu schweigen.

Wie ein BVB-Arbeiter nach dem Streik bemerkte: „Wenn das nicht reicht, dann eben das nächste Mal im Berufsverkehr...“ Die massive Unterstützung für diesen Warnstreik kann das Signal für einen „heißen Herbst“ gegen Lohnraub und Arbeitslosigkeit geben. Doch die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung der ÖTV will die Entfesselung der Macht der Arbeiterklasse verhindern.

Zusammen mit der Reichsbahn und den Kollegen in Westberlin hat die ÖTV die Macht, die ganze Stadt dicht zu machen! Wenn die Arbeiter ihre Macht, von der sie vergangene Woche nur eine Spur gezeigt haben, wirklich

in die Waagschale werfen, können sie dafür sorgen, daß *allen* Werktätigen dieser Stadt der erkämpfte Lohn nicht durch erhöhte Fahrpreise wieder von den Geldhaien der Marktwirtschaft aus der Tasche gezogen wird, und können gleichzeitig die Unterstützung großer Teile der Bevölkerung gewinnen: Für Nulltarif auf allen Bussen, U-Bahnen und S-Bahnen in der ganzen Stadt!

Von den ungleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, einer ständigen Quelle von Neid und Rassismus, geht eine tödliche Bedrohung für alle erkämpften Rechte aus. Seite an Seite mit den Frauen, mit vietnamesischen, mosambikanischen und türkischen Arbeitern – und mit denen, die bereits arbeitslos geworden sind, in Ost und West, müssen wir für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für gleiche Arbeitsbedingungen auf höchstem Niveau kämpfen, für eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit, damit die erkämpften Lohnerhöhungen nicht hinterrücks wieder auf uns abgewälzt werden. Für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände! Gewählte Streikkomitees der Arbeiter könnten der erste Schritt dazu sein, den Kampf gegen ein neues Viertes Reich aufzunehmen, das die Herren der Deutschen Bank, Thyssen und Reuter aus unserem Schweiß und Blut errichten wollen. ■

Verteidigung von DDR und Sowjetunion ist Schlüsselfrage Trotzkistische Fusion in Mexiko

Mit einer prinzipienfesten Fusion der Spartakist-Gruppe Mexiko (Grupo Espartaquista de México) mit der Trotz-kistischen Fraktion der Partido Obrero Socialista (POS – Sozialistische Arbeiterpartei) Anfang Juli gelang der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) ein wichtiger Durchbruch in Mittel- und Lateinamerika. Damit bestätigt sich erneut unsere internationale Perspektive, durch revolutionäre Umgruppierung über einen Prozeß von Spaltungen und Fusionen kommunistische Kader zu gewinnen, die den Grundstein für eine leninistische Partei bilden.

Im Oktober letzten Jahres schrieben uns die Genossen der Spartakist-Gruppe Mexiko: „Die Ereignisse in Deutschland stehen zur Zeit im Mittelpunkt unserer politischen Diskussionen ... während wir dafür kämpfen, einen Kern der Spartakisten zu schmieden.“ (*Arprekorr* Nr. 14, 29. Dezember 1989) Die Genossen der Trotz-kistischen Fraktion führten in ihrer ehemaligen Organisation POS einen politischen Kampf, der zentral die Russische Frage berührte.

Diese Umgruppierung ist auch eine Bestätigung unserer Perspektive, die wir vor einem Jahr aufzeigten, als die internationale Spartacist Tendenz sich zur IKL erklärte: daß die internationale Krise des Stalinismus Gelegenheiten bieten würde, diejenigen, die Kommunisten sein wollen, für das Banner des authentischen Trotzkismus zu gewinnen, der allein die Errungenschaften und das Erbe der Oktoberrevolution verteidigt.

Die Trotz-kistische Fraktion kommt aus der morenistischen Strömung, Anhänger des verstorbenen argentinischen Pseudo-Trotzkisten Nahuel Moreno. In seinen früheren Jahren war es das Markenzeichen dieses Verwandlungskünstlers, sich in rascher Folge als „Links“-Peronist, Castro-Anhänger und Maoist auszugeben, bevor er sich im sozialdemokratischen Reformismus einrichtete. Nach dem Putsch von Videla 1976 in Argentinien setzte Moreno im Exil eine radikalere Miene auf und hüllte sich in die rot-schwarze Fahne des Sandinismus. Um diesen ausgemachten politischen Banditen zu entlarven, veröffentlichten wir die Broschüre *Moreno Truth Kit* (Die Wahrheit über Moreno – 1980). Giftiger Antisowjetismus kennzeichnete schließlich Moreno & Co. im folgenden Jahrzehnt, als sie versuchten, alle anderen in der Solidarität mit Solidarność zu übertreffen, der Lieblings-„Gewerkschaft“ von Ronald Reagan. Mit der Rückkehr nach Argentinien baute sich der Morenismus wieder als eine nationale sozialdemokratische Tendenz auf. Nach dem Tod ihres líder máximo Anfang 1987 stürzte die morenistische Internationale Arbeiterliga (IWL) in wirres Durcheinander. Es bildeten sich zwei Flügel heraus, wobei der „kritischere“ Teil aus der argentinischen Mutterpartei ausgeschlossen wurde und die PTS (Partei der Arbeiter für den Sozialismus) gründete. Die mexikanische POS schloß sich der PTS an.

„Wahrer Morenismus“ ist die Antithese zu authentischem Trotzkismus. Dies stellte sich besonders klar beim rapiden Zerfall der stalinistischen Regime von Osteuropa heraus. Als die argentinische PTS auf den Sturz des Honecker-Regimes und die Öffnung der Berliner Mauer im November 1989 damit reagierte, daß sie den Abzug der Warschauer-Pakt-Truppen aus der DDR verlangte, waren zwei Führer der mexikanischen POS dagegen. Ein Dokument von Arturo Urbina über „Trotzkismus angesichts der Ereignisse in Deutschland“ bekräftigte die trotzkistische

Position der bedingungslosen Verteidigung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus und unterstützte Trotz-kis Analyse von der Doppelrolle der stalinistischen Bürokratie, die den Imperialismus zu beschwichtigen sucht und gleichzeitig auf den ökonomischen Grundlagen proletarischer Herrschaft beruht.

Daraufhin teilte die PTS-Führung der POS mit, daß Diskussionen nur dann Sinn hätten, wenn die Opposition ihre Position ändern und die stalinophobe Position anerkennen würde, Stalinismus sei „durch und durch konterrevolutionär“. Und tatsächlich, als Urbina und Humberto H. am 20. Mai ihre „Plattform der Trotz-kistischen Fraktion“ vorlegten, arrangierte der PTS-Delegierte noch auf derselben Sitzung ihren Ausschluß mit der Beschuldigung, sie seien „Spartakist-Agenten“. Wie die zwei in einer Erklärung zum Ausschluß sagen: „In Wirklichkeit beschuldigen sie uns, *Trotzkisten* zu sein.“ Die besondere Ironie bei diesem bürokratischen und offen politischen Ausschluß war, daß den ausgeschlossenen Genossen die Aufgabe übertragen worden war, die Positionen der Spartakisten zu studieren.

Die Genossen der Trotz-kistischen Fraktion waren nicht nur die Gründer der POS, sondern sie gehörten auch zu den Gründungsmitgliedern der morenistischen Tendenz in Mexiko und waren davor Kader der PRT (Revolutionäre Arbeiterpartei) von Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat. Sie erklärten in einem Brief ihre Entscheidung, sich mit der Internationalen Kommunistischen Liga zu vereinigen. Darin heißt es: „Wie es beim Morenismus (der seinen Mitgliedern sogar verbot, die Spartakist-Presse zu kaufen) Sitte war, galt für uns viele Jahre: ‚Der Teufel hieß Spartakist.‘ Wir zwei kritisierten sogar die mexikanische PTZ (Zapatistische Arbeiterpartei) dafür, im Anti-Spartakist-Kampf nicht ‚konsequent‘ genug zu sein.“ Doch der Verlauf des Klassenkampfes, besonders die weltweite Krise des Stalinismus, brachte sie dazu, viele von Trotz-kis Werken nochmals zu lesen, vor allem *In Verteidigung des Marxismus*. Darin wird Trotz-kis Kampf mit James P. Cannon gegen diejenigen dokumentiert, die am Vorabend des Zweiten Weltkriegs die Verteidigung der Sowjetunion aufgaben. Die Genossen erklären, daß ihre Entscheidung, sich mit der IKL zu vereinigen, aus der Entschlossenheit kam, „revolutionäre Parteien aufzubauen und die Vierte Internationale wiederzuschmieden, um jede Sorte von Zentrismus, Reformismus, Stalinismus usw. zu bekämpfen“.

Der Kampf der Trotz-kistischen Fraktion, der über die historischen Ereignisse in der DDR begann und sich um die Russische Frage drehte, stellte auf einem Kontinent, wo der Dritte-Welt-Nationalismus (ebenfalls eine Visitenkarte des Morenismus) dominiert, den Kampf für internationalistischen proletarischen Kommunismus fest in den Vordergrund.

Nach Workers Vanguard Nr. 506, 13. Juli

Diskussionsveranstaltung der SpAD in Berlin

**Für die
revolutionäre Einheit der sowjetischen,
polnischen und deutschen Arbeiter!**

Donnerstag, 13. September 1990, 19.00 Uhr

Kreiskulturhaus „Erich Weinert“
Johannes-R.-Becher Straße 43 a, S-Bahnhof Pankow

Schwarzer amerikanischer Trotzlist über: „Freie Welt“ des verrotteten US-Kapitalismus

Im Juni sprach Don Alexander, Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., bei einer Reihe von öffentlichen Veranstaltungen in der DDR und in Westdeutschland unter dem Titel „Freie Welt“ des verrotteten US-Kapitalismus“ (siehe „Internationalistisches Echo von Halle bis Hamburg“, Spartakist Nr. 74, 24. Juli, wo wir auch über die lebendigen Debatten bei diesen Veranstaltungen, besonders mit Anhängern der PDS und anderer linker Organisationen, berichteten). Genosse Alexander sprach in Berlin, Bernburg, Halle, Eggesin, Rostock und Hamburg. Am 24. Juli berichtete Genosse Don Alexander darüber vor Unterstützern der Labor Black League for Social Defense (LBL) [Liga der Arbeiter/Schwarzen für soziale Verteidigung] in San Francisco/Oakland. Er beschrieb dort unter anderem die Veranstaltung in Eggesin, die an einem Sonntagmorgen stattfand:

„Als wir dort ankamen, eine Stunde vor Beginn, waren vietnamesische und mosambikanische Arbeiter vor dem

Raum, die ungeduldig darauf warteten, daß wir aus dem Auto stiegen. Sie bildeten eine Reihe, um uns die Hand zu schütteln. Sie waren wirklich bewegt, daß eine internationale revolutionäre Organisation einen amerikanischen Kommunisten geschickt hatte, um über ihren Kampf zu sprechen.

Eine Reihe von mosambikanischen Arbeitern sprach bei der Veranstaltung. Einer davon sagte: ‚Wir sind jung, wir denken, daß diese Veranstaltung sehr wichtig ist. Wir wissen nicht sehr viel über Politik, aber wir denken, daß diese Angriffe auf die DDR Not und Elend für uns hier und für unsere Brüder und Schwestern zu Hause bedeuten.‘ Dies waren junge Leute, zehn Mosambikaner und etwa acht vietnamesische Arbeiter, die übers ganze Gesicht strahlten, als wir darüber sprachen, wie wir die Niederlage des US-Imperialismus in Vietnam gefeiert haben.“

Nachfolgend drucken wir in leicht gekürzter Fassung Don Alexanders Rede auf der Veranstaltung in Eggesin ab.

Ich freue mich, daß ich heute hier mit euch zusammen sein kann. Ich bringe euch Grüße von der Labor Black League for Social Defense und von der Spartacist League/U.S., der amerikanischen Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

Ich bin heute hier, weil die LBL mit Begeisterung das Geld gesammelt hat, um mir die Reise hierher zu ermöglichen. Dies ist eine kämpferische Organisation von klassenbewußten schwarzen Arbeitern und Anti-Rassisten, die in brüderlichem Bündnis steht mit der Spartacist League.

Die LBL wurde von der Spartacist League ins Leben

gerufen nach der Mobilisierung von Arbeitern und Schwarzen am 27. November 1982, die in Washington D.C., der Hauptstadt der USA, den faschistischen Ku Klux Klan daran hinderte, dort aufzumarschieren. Über 5000 Schwarze, Arbeiter, Jugendliche und Sozialisten fegten die Faschisten von der Straße und führten einen mutigen Schlag zugunsten der Unterdrückten.

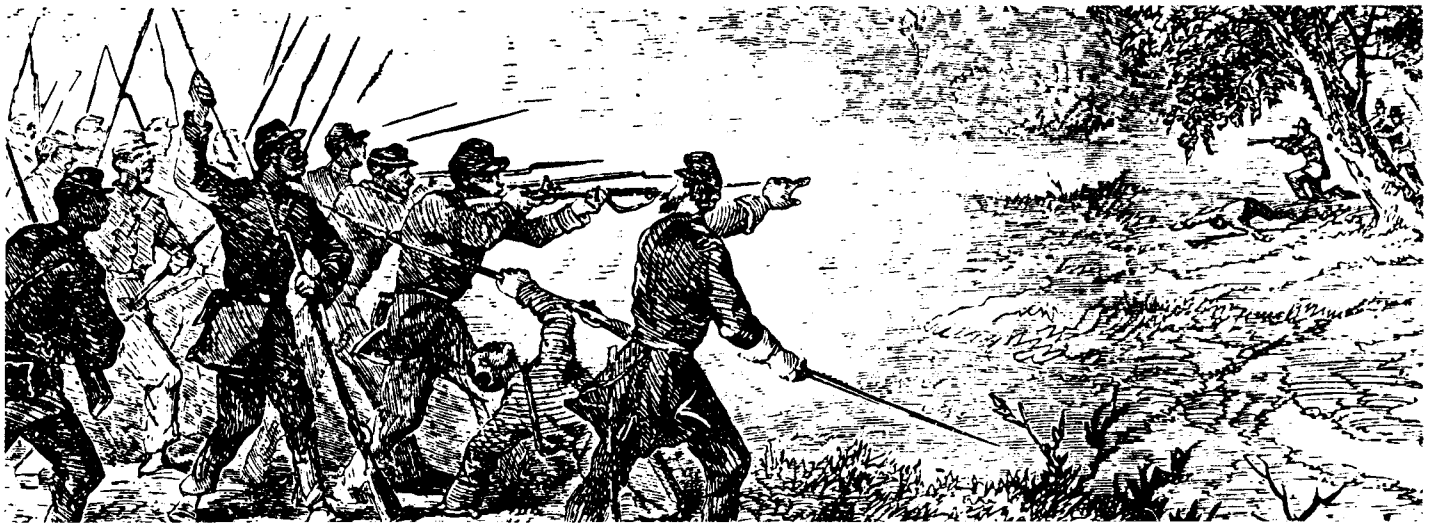
Diese revolutionären Arbeiter lassen sich nicht die Lüge einreden, daß die USA, daß der US- und der Weltimperialismus Demokratie nach Osteuropa oder irgendwohin sonst bringen würde. Klassenbewußte Arbeiter in den USA



Syigma

„Amerikanischer Alptraum“ in der Hauptstadt des US-Imperialismus. Der Kapitalismus verdammt Millionen von Menschen zu Armut, Hunger, Obdachlosigkeit und Tod

Für proletarischen Internationalismus!



Culver Pictures

Befreite Sklaven des Freiwilligenregiments Nr. 1 von South Carolina kämpfen gegen die Konföderierten im amerikanischen Bürgerkrieg bei Doboy River in Georgia

US-Kapitalismus...

Fortsetzung von Seite 9

Regierung fing die Bourgeoisie an, den Lebensstandard der Arbeiter hinunterzutreiben. Sie entfesselte rassistischen Terror gegen Schwarze und andere Minderheiten, begann eine brutale Kampagne gegen die Abtreibungsrechte der Frauen. Sie entfachte die Flammen des Antisowjetismus als Reaktion auf die progressive Intervention der Sowjetunion in Afghanistan gegen religiös-fanatistische Mullahs, die vom CIA unterstützt werden und die Frauen hassen. Es war der Rassist Jimmy Carter und seine Demokratische Partei, die den Weg bereiteten für Ronald Reagan, mit ihrer Politik, die Gewerkschaften zu zerstören. Reagan beschleunigte diese brutalen Angriffe auf die Arbeiterbewegung und auf Minderheiten mit voller Kraft.

Im letzten Jahrzehnt haben die amerikanischen Herrscher den antisowjetischen Kriegskurs vorangepeitscht, um das sogenannte Vietnam-Syndrom zu überwinden. Und dieses Syndrom besteht darin, daß eine beträchtliche Anzahl von Amerikanern eben keine langdauernden blutigen Kriege haben möchte, die dann auch noch verloren gehen. Und jetzt inszeniert der arrogante und blutriefende US-Imperialismus Invasionen und Bombenangriffe gegen kleine nicht-weiße Länder von Grenada über Libyen bis Panama. Die Invasion des US-Imperialismus vor kurzem in Panama hinterließ über 2000 Tote, als verzweifelte arme Panamesen zu Tode gebombt und erschossen wurden, darunter viele Schwarze.

„Sozialismus in einem Land“: Dogma der Niederlage

Die amerikanischen Herrscher starten jetzt Provokationen gegen Kuba. Wir Trotzkiisten verteidigen Kuba gegen den Imperialismus und wir wissen, daß seit 1917 das Hauptziel der herrschenden Klasse dasselbe geblieben ist: Die Rückeroberung der Sowjetunion für kapitalistische Ausbeutung. Die Sowjetunion ist der Geburtsort der Oktoberrevolution, die 1917 von den Bolschewiki geführt worden ist. Die Beschwichtigungspolitik von Gorbatschow und der Kremlbürokratie gegenüber dem Imperialismus hat diesen nur ermutigt. Ihr Programm hat zu neuen blutigen Verrätereien geführt in Afghanistan, Nicaragua, Kambodscha und jetzt auch in der DDR. Es ist das gleiche Programm der Niederlagen, das Stalin und Bucharin befürwortet haben. Dieses reaktionäre Programm ist

utopisch, arbeiterfeindlich und antiinternationalistisch. Als eine „Theorie“ dient es der Rechtfertigung von Privilegien und der Herrschaft einer nationalistischen parasitären Bürokratenkaste, die der Arbeiterklasse die politische Macht geraubt hat.

Dieses Programm vom „Sozialismus in einem Land“ ist eine Lüge, die nur sich selbst dient, und eine Ablehnung des bolschewistischen Programms von internationaler Revolution. Und das ist noch nicht alles: Nachdem Hitler 1933 an die Macht kommen konnte, ohne daß auch nur ein Schuß abgegeben wurde, warf sich die stalinisierte Komintern, erschreckt durch die blutigen Resultate ihres kriminellen Sektierertums, der arbeiterfeindlichen Strategie der Volksfront in die Arme. Historisch ist das allgemein das Programm gewesen für blutige kapitalistische Konterrevolution.

Dieses antirevolutionäre menschwistisch-stalinistische Programm wurde verabschiedet auf dem 7. Weltkongreß der Komintern 1935, den Trotzki den Liquidationskongreß nannte. Dieses Programm stützt sich auf Bündnisse der Klassenzusammenarbeit mit den sogenannten demokratischen, friedliebenden Bourgeoisien des Westens und in den Kolonialländern. Es bedeutet, die Interessen des Proletariats unterzuordnen und zu opfern und das sogenannte heilige Eigentum der Ausbeuter zu verteidigen. Dieses antimarxistische Programm hat buchstäblich Ströme von Blut von Arbeitern zur Folge gehabt, von Spanien in den 30er Jahren über Chile in den 70er Jahren bis Indonesien in den 60er Jahren und heute.

Dieses Programm von sogenannter friedlicher Koexistenz mit dem Weltimperialismus hat bedeutet, daß allein in Indonesien 500 000 Arbeiter und Bauern umgebracht wurden mit voller Unterstützung des blutigen US-Imperialismus. Und bis zum heutigen Tag versuchen wir das Leben zu retten von Mitgliedern der Kommunistischen Partei von Indonesien, die seit 25 Jahren im Gefängnis sitzen und von Hinrichtungskommandos bedroht sind.

Hier in der DDR übernahm die ehemalige SED, jetzt PDS, das gleiche klassenkollaborationistische Programm der Volksfront. Es war Modrow, der mit der Losung „Deutschland, einig Vaterland“ herauskam, nachdem Gorbatschow das grüne Licht dafür gegeben hatte. Und Gysi hat in der Volkskammer dafür gestimmt, Sozialismus aus der Verfassung zu streichen, zusammen mit Kohl, der SPD und anderem nationalistischen Dreck. Und jetzt steht die Konterrevolution vor der Tür. Wir sagen heute: Hände weg von der PDS, und für ein Ende der antikommunisti-

schen Hexenjagd auf die RAF, und wir sagen, daß diejenigen, die die Errungenschaften des Arbeiterstaats verteidigen wollen, von der Bourgeoisie und ihren Lakaien brechen müssen.

Blutige Geburt und Todeskampf des Kapitalismus

Die Stalinisten und Sozialdemokraten und ihre Kumpagne sind davon überzeugt, daß Kapitalismus auf ewig notwendig sei. Aber Kapitalismus gibt es seit beinahe 500 Jahren und er ist regelmäßig geplagt worden von periodischen Krisen der Überproduktion. Von Massenarbeitslosigkeit, imperialistischen Kriegen, Armut, Elend und Ausbeutung. Was Marx ironisch die rosige Dämmerung der kapitalistischen Produktion nannte, war begleitet vom Handel mit Menschenfleisch, von Völkermord an den Indianern und vom Plündern von Indien. Der Betrug und die Gewalt, die notwendig waren zur Errichtung des Kapitalismus, waren ein organischer Teil der Anfänge von primitiver kapitalistischer Akkumulation.

Heute verfolgen die westdeutschen Kapitalisten mit aller Macht primitive kapitalistische Akkumulation in Osteuropa. Die Bourgeoisie möchte, daß die Arbeitskraft genauso eine Ware wird wie Fabriken, Rohstoffe und Gebäude. Die Bosse werden euch zu Tode schufteñ lassen, während sie von eurer rastlosen Arbeit profitieren. Wir dürfen nicht zulassen, daß das geschieht.

Unter dem System des Privateigentums ist das Einzige, was du hast, deine Arbeitskraft, um sie an den Höchstbietenden zu verkaufen. Das nennen die Kapitalisten „Freiheit“. Jedesmal, wenn die Wörter „Freiheit“, „Demokratie“ oder „Gleichheit“ von ihren Lippen fallen, dann paßt auf, denn alles, was sie auf Lager haben, ist, wie sie am besten neue Ketten schmieden und die alten noch fester anziehen können. Als Eigentümer und Monopolisten der Produktionsmittel werden sie alles sagen und tun, solange nur diese Profite reinkommen. Sobald das System des heiligen Privateigentums der Bourgeoisie bedroht war von proletarischer Revolution, haben sie sich an den Faschismus gewandt, und sie werden es auch weiter tun, um als Klasse überleben zu können.

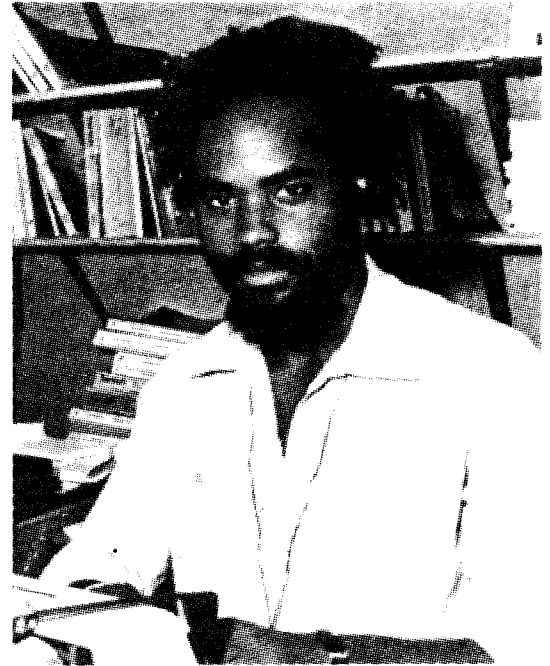
Die Gründungsväter der amerikanischen Republik waren Sklavenhalter. Der amerikanische Bürgerkrieg hatte zum Ergebnis, daß die industriellen Kapitalisten des Nordens triumphierten und die Macht der Sklavenhalter im Süden gebrochen wurde. Dieser Sieg wurde dadurch erreicht, daß über 200 000 schwarze Sklaven bewaffnet wurden, und ihre Rekrutierung in die Armee der Union brachte die Wende gegen die Konföderierten, nach einer Periode, in der die Lincoln-Regierung erst gezögert hatte.

Der amerikanische Kapitalismus ist sterbenskrank und die rassistischen Herrscher sind in zunehmendem Maße parasitär und barbarisch. Der US-Imperialismus ist das größte Schuldnerland der Welt. Vor zweieinhalb Jahren krachte die Wall Street und beinahe wäre ihr der Boden unter den Füßen weggerissen worden. Die Kapitalisten haben die Schlüsselindustrien in Grund und Boden getrieben, heruntergewirtschaftet. Es gibt drei Millionen Arbeitslose, drei Millionen Obdachlose, die durch die Straßen ziehen und nach etwas Eßbarem Ausschau halten und nach einem Platz, wo sie schlafen können.

Letzten Monat hat der kapitalistische Bundesgerichtshof in New York entschieden, daß es verboten ist, in der U-Bahn zu betteln. Und in San Francisco ist die sogenannte liberale, progressive, demokratische Verwaltung vor Gericht gezogen, um Leute daran zu hindern, nachts im Auto zu schlafen.

Während sie die Gelder geben für ihr Star-Wars-

Programm, um eine Erstschlag-Kapazität zu haben, mit der sie die Sowjetunion von der Landkarte auslöschen können, werden die Massen immer hungriger, schlecht gekleidet, verzweifelt und in den Wahnsinn getrieben. Wage bloß nicht, krank zu werden in der heutigen Zeit. 37 Millionen Amerikaner haben keinerlei Gesundheitsfürsorge. Eine Menge Leute sterben heute, weil viele Krankenhäuser dichtgemacht worden sind.



Mumia
Abu-Jamal
1980

Die Aids-Epidemie heute tobt besonders unter Schwarzen und Spanischsprechenden. Und die kapitalistische Regierung kürzt Wissenschaftlern die Mittel, so daß sie keine Heilungsmethoden entwickeln können. Und sie verweigern den Drogenbenutzern saubere Nadeln, weil sie wollen, daß diese Menschen sterben. Wenn du eine Frau bist, die eine Abtreibung will, oder Krankenhauspersonal, das ihr beisteht, dann droht dir vom Staat sanktionierter Terror von Seiten der Anti-Abtreibungs-Terroristen und Heuchler. Diese frauenfeindlichen Verrückten haben die Unterstützung von Bush, von vielen kapitalistischen Politikern und von der katholischen Kirche. Frauen im bürgerlichen Amerika wird gleicher Lohn wie für Männer und die Gleichheit vor dem Gesetz verweigert, und sie unterliegen besonderer Unterdrückung.

Das kleine Kuba hat mehr Kinderstagesstätten als die USA. Frauen aus der Arbeiterklasse und von Minderheiten haben besonders zu leiden unter den imperialistischen Herrschern. In den Gegenden, wo Minderheiten wohnen, ist die Kindersterblichkeit in den USA etwa so hoch wie in Dritte-Welt-Ländern. Und gegen die schwarze Bevölkerung wird Völkermord begangen. Das sogenannte Arbeitsbeschaffungsprogramm, das vielen alleinstehenden Frauen einfach das Arbeitslosengeld wegnimmt und sie zu Jobs zwingt, die im Grunde Sklavenarbeit sind, die also überhaupt keine richtige Arbeit bedeuten, dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm verurteilt sie und ihre Babys zum Tode.

Rassistischer Alltag in Amerika

Auf der Straße im kapitalistischen Amerika ist die Polizei in zunehmendem Maß Richter, Geschworene und Scharfrichter in einem. In der Vergangenheit erinnerten die Gettos und die Barrios — die hispanischen Viertel — an das, was Marx die Reservearmee der Arbeitslosen nannte.

Fortgesetzt auf Seite 12.

US-Kapitalismus...

Fortsetzung von Seite 11

Heute stimmt selbst das nicht mehr, nur ein Viertel der schwarzen Jugendlichen zwischen 16 und 24 kann Arbeit finden. Der amerikanische Kapitalismus hat die Innenstadtviertel praktisch in Konzentrationslager verwandelt, die unter der Besetzung der rassistischen Polizei stehen, und diese Polizei schießt erst und fragt später. Die rassistische Polizei schießt besonders Jugendliche, die Minderheiten angehören, wie Hunde nieder. Die Polizei ist in allen kapitalistischen Ländern der bewaffnete Arm, der dazu da ist, das Eigentum der Reichen zu verteidigen. Brutaler rassistischer Mord durch die Bullen, durch die Faschisten und den rassistischen Mob ist das ungeschriebene Gesetz des Landes.

Wenn es heute eine klassenkämpferische Führung in den amerikanischen Gewerkschaften gäbe und eine revolutionäre Führung von Schwarzen, würde sie Zehntausende von Arbeitern und Minderheiten mobilisieren und führen im Kampf um die Macht, damit jeder auf der Straße sicher sein kann. In den USA ist das eine dringende Aufgabe. Nur die Bourgeoisie profitiert davon, wenn Schwarze und Weiße gegeneinander gestellt werden im Kampf um ein Stückchen von dem immer kleiner werdenden Kuchen. Nur die Ausbeuter können gewinnen, wenn die Arbeiterklasse auf die Lüge und das Gift hereinfällt, das von der rassistischen Gewerkschaftsbürokratie verbreitet wird, daß Ausländer die Arbeitsplätze von Einheimischen stehlen. Aber genau dieses Gegeneinanderstellen hat dazu geführt, daß in New York Schwarze Vietnamesen und Koreaner angegriffen haben, sie geschlagen und übel zugerichtet haben und ihre Geschäfte boykottierten.

Wirkliche Kommunisten kämpfen für volle Staatsbürgerrechte und für Gewerkschaftsrechte für ausländische Arbeiter. Hier in der DDR steht die Spartakist-Arbeiterpartei an vorderster Front im Kampf für Polen, Mozambikaner, Vietnamesen und Kubaner. Und das steht in scharfem Gegensatz zu der rassistischen Arbeiterbürokratie und ihren sozialdemokratischen Lakaien.

Rettet Mumia Abu-Jamal! Nieder mit der Lynchjustiz!

Heute führen die USA die „Freie Welt“ an in bezug auf Hinrichtungen. Seit 1976, als der Oberste Gerichtshof die Todesstrafe wieder einführt, sind über hundert Gefangene umgebracht worden. Die Todesstrafe in den USA ist institutionalisierter rassistischer Mord. Eine hohe Anzahl von denjenigen, die im Gefängnis umgebracht worden sind, waren Schwarze. Schwarze, die zwölf Prozent der Bevölkerung ausmachen, stellen über vierzig Prozent von denen, die jetzt in 37 Staaten in der Todeszelle sitzen. Ein Schwarzer, der einen Weißen umbringt, wird mit vierfach höherer Wahrscheinlichkeit hingerichtet als eine Weißer, der einen Schwarzen umbringt.

Diese rassistischen legalen Lynchmörder in schwarzen Roben haben jetzt Mumia Abu-Jamal in ihren Fängen. Seine schwere Lage symbolisiert den barbarischen rassistischen Charakter der Todesstrafe. Jamal ist ein ehemaliger Black Panther und ein Unterstützer der schwarzen MOVE-Organisation, die gegen das Establishment ist. Und er ist ein prominenter schwarzer Journalist, der in Philadelphia als die „Stimme der Entrechteten“ bekannt ist. Jamal sitzt in der Todeszelle wegen seiner politischen Anschauungen und wegen seiner Hautfarbe.

Seine Mitgliedschaft in der radikal-nationalistischen

Black Panther Party und seine Verteidigung von MOVE haben ihn in den Augen der rassistischen Polizei in einen toten Mann verwandelt. Unser Kampf, das Leben dieses mutigen Gefangenen des Klassenkriegs zu retten, ist dringend und bekommt international mehr und mehr Unterstützung. Eure Unterstützung ist lebenswichtig und die kommende internationale Protestwoche ist entscheidend, um das Leben von einem von uns zu retten.

Diejenigen Black Panther, die die Regierung nicht umbringen konnte, wie Jamal und Geronimo Pratt, haben sie in die Todeszelle oder für Jahre ins Gefängnis gesteckt. Pratt hat im Gefängnis gesessen für ein Verbrechen, das er gar nicht begangen haben konnte und auch nicht begangen hat. Man könnte ihn Amerikas Nelson Mandela nennen, ehe Nelson Mandela freigelassen wurde. Ende der 60er Jahre hat das FBI der US-Regierung im Rahmen des Counter-Intelligence-Program 38 Black Panther umgebracht, davon zwei, die einfach nachts im Schlaf erschossen worden sind.

Im Mai 1985 hat die Polizei von Philadelphia, hat der schwarze Demokraten-Bürgermeister Wilson Goode, im Zusammenspiel mit dem FBI, die schwarze MOVE-Gemeinde bombardiert und elf Schwarze – Männer, Frauen und Kinder – zu Tode verbrannt. Das war die blutige Unterschrift der Reagan-Jahre. Dieses rassistische Massaker war dazu bestimmt, eine Botschaft an Schwarze, Linke und die Arbeiterklasse zu schicken: bleibt, wo ihr seid, oder ihr kommt als Nächste dran. Die Spartacist League hat dieses Verbrechen aufs Schärfste verurteilt und hat zur Mobilisierung von Arbeitern und Schwarzen aufgerufen, um gegen dieses Verbrechen zu protestieren. Und um dieses rassistische Verbrechen ins Gewissen der amerikanischen Arbeiterklasse einzubrennen. Die einzige erwachsene Überlebende bei diesem Massaker, Ramona Afrika, wurde ins Gefängnis geworfen, ganz einfach, weil sie überlebt hat.

In den letzten zehn Jahren haben die Spartacist League, das Partisan Defense Committee und die Labor Black League Zehntausende von Schwarzen, Jugendlichen, Arbeitern, Schwulen, Juden und anderen mobilisiert. Wir haben den faschistischen Ku Klux Klan gehindert, in den großen Städten aufzumarschieren und sein Programm des Völkermords durchzuführen. Diese bescheidenen exemplarischen Aktionen repräsentieren im Keim den Kampf um die Macht und für eine kommunistische Zukunft.

Für revolutionären Internationalismus!

Um zum Schluß zu kommen, möchte ich sagen, um hier in der DDR für die Verteidigung der Errungenschaften der Frauen, der Jugendlichen, aller, die schwer arbeiten, zu kämpfen, muß man für die Ausweitung dieser Errungenschaften kämpfen. Das ist es, was Trotzismus, der revolutionäre Marxismus in der Aktion bedeutet. Ihr hier in der DDR, arbeitende Menschen und andere, ihr seid nicht allein im Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Es ist notwendig, eine politische Revolution durchzuführen von Moskau über Peking bis Hanoi, um die parasitäre stalinistische Bürokratie überall rauszuwerfen. Und sie zu ersetzen durch die demokratische Herrschaft der Arbeiterklasse, d. h. Räte-demokratie. Das wäre der Weg für ein vereinigtes Räte-Deutschland und für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Laßt uns jetzt damit anfangen, die Partei zu schmieden, eine leninistisch-egalitäre Partei im Geiste von Lenin, Liebknecht, Luxemburg und Trotzki. Eine Weltpartei der sozialistischen Revolution. Eine wiedergeborene trotzkistische Vierte Internationale. Werdet bei uns Mitglied und laßt uns zusammen die Welt verändern. Danke. ■

Persischer Golf...

Fortsetzung von Seite 1

sind. Aber die Kohl-Regierung hat klar gemacht, daß sich die Bundesmarine im Falle einer Zustimmung durch die UNO direkt an der Strangulierung des Iraks als Teil eines „Systems kollektiver Sicherheit“ beteiligen wird (*Der Spiegel*, 20. August).

Wenn man an die kürzliche Vergewaltigung Panamas durch die USA denkt, dann gehört bei Bush & Co. schon eine Menge Chuzpe dazu, irgend jemanden wegen „nackter Aggression“ zu verurteilen. Doch nach Saddam Husseins erfolgreichem Überfall auf das benachbarte Kuwait nennen sie den irakischen Führer einen „Wahnsinnigen“, sogar einen „Hitler“ mit großenwahnsinnigen Expansionsgelüsten. Ein Medienwirbel baute die „Gefahr“ auf, daß er als nächstes versuchen könnte, jenen Stützweiler westlicher „Demokratie“ im Nahen Osten, Saudi-Arabien, zu überfallen, wo die herrschende Familie eine wahre Freude an dem Sport hat, Frauen, Christen, Juden, Schiiten, Alkoholiker, Ehebrecher und Mormonen öffentlich hinzurichten. Sie versuchen, Amerika aufzupeitschen, damit es die Schätze der Sultane verteidigt.

Die irakische Armee hat nahezu eine Million Soldaten, die im Kampf gehärtet sind durch acht Jahre Stellungskrieg in einem schmutzigen Grenzkrieg mit Iran. Die US-Armee ist tatsächlich *kleiner* — nur 700 000 Soldaten — und hat jahrzehntelang keinen ernsthafteren Gegner geschlagen als Panama und Grenada. Washingtons Prahlerei läuft auf eine Seeblockade gegen irakisch/kuwaitische Öltransporte hinaus, vielleicht auf Bombardierungen der wichtigsten irakischen Anlagen, und auf eine Verschwörung zu einem Militärputsch oder zu einem Mordanschlag auf Hussein. Es läuft auf einen Wettkampf der Willensstärke hinaus, um zu sehen, wer zuerst klein beigt — Hussein unter dem Druck, daß der Ölverkauf unterbrochen ist, oder die Imperialisten, wenn sie sehen, wie der Ölpreis in die Höhe schießt und die Börsen im Sturzflug nach unten gehen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Japan, das von importiertem Öl weitaus abhängiger ist als die USA, schnell die dürftige „Einheit“ der imperialistischen Rivalen brechen. Auf jeden Fall hat das Weltproletariat kein Interesse an Washingtons Kreuzzug. *Hände weg vom Persischen Golf! US-Stützpunkte, US-Truppen und US-Flotte, haut ab und bleibt weg! Bundesmarine raus aus dem Mittelmeer!*

Angekündigt wird es als „der erste Krieg nach dem Kalten Krieg“. Der russische Bär lauert nicht mehr hinter jedem „regionalen Konflikt“. Der sowjetische Außenminister Schewardnadse unterzeichnete mit Außenminister Baker eine gemeinsame Erklärung, die den irakischen Überfall verurteilt. Und Moskau erörtert sogar die Beteiligung an einer Seeblockade „unter der Fahne der UNO“. Aber dieser imperialistische Raubzug im Nahen Osten stellt für die UdSSR eine ernste Gefahr dar — und für den Rest der Welt. Jetzt droht Gorbatschow offen damit, militärische Sanktionen durch die UNO zu unterstützen (siehe den Brief der IKL an die sowjetischen Botschaften).

Hier im Lande borgt sich *Neues Deutschland* seine Überschriften über den Irak bei der Springer-Presse aus: „Weltweite Empörung über die Aggression in der Golfregion“. Und *ND* predigt, „Empörung ist ein zu geringes Wort, will man die Reaktion auf Iraks Aggression gegen Kuwait beschreiben“ (3. August). Jetzt, wo die imperialistische „Empörung“ sich in einem massiven Militäraufmarsch im Golf niedergeschlagen hat, bezieht die PDS eine „ausgewogenere Haltung“ und appelliert an die „Kräfte im Sicherheitsrat, in der Organisation der Vereinten Nationen und im arabischen Raum, die den

Aggressor verurteilen, Sanktionen unterstützen, aber ein ständiges Anheizen der Spannungen ablehnen“ (*ND*, 23. August).

Inzwischen ergötzen sich die zionistischen Herrscher von Israel daran, daß Araber Araber töten, und präsentieren sich als der starke militärische Arm, mit dem der westliche Imperialismus Saddam Hussein „bestrafen“ kann. Vor ein paar Monaten gab es einen weltweiten Aufschrei der Empörung, als der starke Mann des Irak schwor, einen israelischen Angriff damit zu vergelten, daß er mit chemischen Waffen „halb Israel niederbrennt“ (deren Fabrikationsanlagen dem Weltmarktführer, der BRD, zu verdanken sind). Doch als letzte Woche ein Minister des israelischen Kabinetts sagte, sie hätten genug C-Waffen, um den Irak zu verwüsten, und als man in Tel Aviv Gasmasken auszuteilen begann — nicht ein Piep von der Presse.

Jetzt hat Y. Mehnan, ein israelischer Publizist mit guten Verbindungen, in der *New York Times* vom 6. August angedeutet, daß sein Land die Atombombe auf Bagdad abwerfen könnte. Der israelische Ministerpräsident Shamir sagt: „Wir haben es mit einem Verrückten zu tun.“ Gerade er muß das sagen. Seit einiger Zeit freuen sich die zionistischen Verrückten auf einen Nahostkrieg, um einen Vorwand zu haben, die Palästinenser aus der besetzten West Bank zu vertreiben. Die Übernahme von Kuwait durch Hussein könnte als Vorwand dienen zu völkermörderischen Angriffen auf die Palästinenser. *Israel raus aus den besetzten Gebieten!*

Nieder mit den Scheichs! Nieder mit den Obristen! Für Arbeiterrevolution!

Das Geheule zu hören, das jetzt wegen der „Geiseln“ aus Washington kommt, ausgerechnet aus dem Mund derer, die die KAL-007-Spionageprovokation gegen die Sowjetunion organisiert haben und damit zynisch mehr als 200 unschuldige Zivilisten in den Tod geschickt haben, ist mehr als heuchlerisch. Durch ihre Drohung, den Irak auszuhungern und in die Steinzeit zurückzubomben, sind es die Kriegstreiber des Pentagon, die Bürger der USA und des Westens im Irak und in Kuwait in Gefahr gebracht haben. Zur gleichen Zeit ist Husseins Benutzung von Ausländern als „menschliches Schutzschild“ für wahrscheinliche Militärziele nicht nur inhuman, sondern auch dumm, denn sie schwächt die Mobilisierung von Werktätigen im Westen gegen ihre eigenen imperialistischen Herrscher.

„Es geht ums Öl. Kapiert? Öl, lebenswichtige amerikanische Interessen“, lautete die vertrauliche Mitteilung eines „höheren Beamten der USA“ an die *New York Times* (4. August). Seit den 70er Jahren sind die westlichen Finanzhauptstädte besorgt darüber, daß durch einen Krieg um die Ölfelder am Persischen Golf der Zusammenbruch der Weltwirtschaft ausgelöst wird. Am Tag nach dem irakischen Überfall auf Kuwait stieg der Preis für persisches Rohöl auf 24,75 Dollar, und jetzt hat er schon mehr als 31 Dollar erreicht.

Hussein ist mit zig Milliarden Dollar an Schulden konfrontiert. Er suchte einen Weg, wie er mit vorgehaltener Pistole die Disziplin der OPEC durchsetzen und dadurch den Ölpreis wieder hochtreiben konnte. Vom irakischen Standpunkt aus war die Einnahme Kuwaits kein Wahnsinn, sondern rationale Habgier. Mit dem Erwerb von Kuwait kontrolliert Hussein jetzt 20 Prozent der Ölreserven der Welt, und die Preise schießen bereits in die Höhe.

Es wird ganz schön schwer werden, bei amerikanischen oder europäischen Werktätigen Mitleid mit dem „armen kleinen Kuwait“ zu erregen. Eine künstliche Enklave aus

Fortgesetzt auf Seite 14

Persischer Golf...

Fortsetzung von Seite 13

ölgespeistem Wohlstand, hat Kuwait nur 800 000 Einwohner, die von einer Monarchie regiert wurden. Diese beutete die Arbeitskraft von über einer Million „Ausländern“ aus, hauptsächlich arme Araber und Asiaten, die auf den Ölfeldern schufteten. Die Ölprofite in Milliardenhöhe gaben Kuwait bei einer derart kleinen Bevölkerungsbasis eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen in der Welt.

Der Irak der Ba'athisten ist auf seine Art barbarisch. Saddam Hussein hat die „radikale“ Rhetorik des arabischen Nationalismus vom Stapel gelassen und gleichzeitig Tausende von Linken, kämpferischen Arbeitern und Mitgliedern der kurdischen Minderheit umgebracht. Eine besondere Zielscheibe des ba'athistischen Polizeistaatsterrors ist die einst starke irakische Kommunistische Partei gewesen mit ihrer Basis bei den kurdischen Ölarbeitern. Es gibt jetzt Berichte, daß irakische Kommunisten, die in Kuwait gefangengenommen wurden, nach Bagdad abgeschoben werden, wo sie mit ihrer Hinrichtung rechnen müssen.

Washington quiekt inzwischen wie ein Schwein am Spieß, und von Wall Street bis Tokio sind die Börsenkurse stark gefallen. Sogar bürgerliche Kommentatoren haben bemerkt, daß die Wirtschaft der USA in einem derart geschwächten Zustand ist, daß ein größerer Ölchock den Ausschlag geben könnte für eine schwere Rezession, wenn das nicht schon der Fall ist. Tatsächlich ist das Bankwesen in einem äußerst heiklen Zustand, wie die Krise des amerikanischen Sparkassensystems gezeigt hat.

In diesen Monat fällt der 45. Jahrestag der nuklearen Vernichtung von Hiroshima und Nagasaki durch den US-Imperialismus. Hätten sie keine Furcht vor sowjetischer Vergeltung gehabt, hätten die Massenmörder des Pentagons auch Hanoi mit Atombomben verwüstet. Die USA suchen jetzt gegenüber dem Irak Rache für die erniedrigende Niederlage, die sie durch die mutigen Vietnamesen erlitten. Der Nahe Osten bleibt der Stolperdraht für einen dritten Weltkrieg. Aber diesmal hat der Kreml der Anwendung amerikanischer militärischer Gewalt gegen Irak zugestimmt, obwohl dies die Sowjetunion selbst gefährdet. Nur die revolutionäre Arbeiterklasse kann den Imperialismus entwaffnen, und nur ein weltweites sozialistisches System kann die rationale Verwendung der Ressourcen der Erde zugunsten der Menschheit sicherstellen. ■

Verteidigt die Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 1

für diese brisante Region eine Gefahr dar, sondern auch für die Sowjetunion selbst. Der amerikanische Truppenaufmarsch in der Region hat die Einkreisung der Sowjetunion durch die zutiefst feindlichen Kräfte des Imperialismus verschärft.

Bei der engstirnigen Jagd nach diplomatischen Erfolgen hat die sowjetische Regierung vor einiger Zeit einen Freundschaftsvertrag mit Saddam Hussein abgeschlossen, mit dem Schlichter von Tausenden von kämpferischen Arbeitern, Mitgliedern der Kommunistischen Partei und Angehörigen der kurdischen Minderheit. Aber jetzt, wo der Irak wirklich durch den Imperialismus bedroht wird, unterstützt die sowjetische Regierung die UNO-Sanktionen gegen den Irak und scheint gewillt zu sein, mit den Kriegstreibern aus dem Weißen Haus zu „kooperieren“. Das ist ein Verrat an den Interessen des sowjetischen Staats und der Werktätigen der Sowjetunion und der ganzen Welt.

Die IKL (VI) glaubt, daß die Arbeiter aller Länder gegen einen schmutzigen Krieg sind, den reaktionäre Scheichs und Obersten wegen der Ölfelder gegeneinander führen. Wir haben jedoch ein großes Interesse an den Profiten, die den Ölarbeitern vom Persischen Golf bis zur Nordsee und zum Golf von Mexiko abgepreßt werden: unser Interesse ist es, daß dieser Reichtum den Werktätigen der ganzen Welt zugute kommt. Wir sagen: USA raus aus dem Persischen Golf! Wir Trotzkiten, die wir zur Verteidigung des sowjetischen Arbeiterstaats gegen den Weltimperialismus stehen, verlangen, daß die Sowjetunion ihr Waffenembargo gegen den Irak aufhebt und ihren früheren Verbündeten in Bagdad die Waffen schickt, die sie brauchen, um Washingtons Griff nach dem Öl abzuwehren.

Die sowjetische Regierung kämpfte bis zum äußersten, mit Erfolg, um die Ölfelder von Baku nicht in die Hände der Imperialisten kommen zu lassen. Wir sollten in der gegenwärtigen Situation energische Maßnahmen ergreifen.

Mit brüderlichen Grüßen

Helene Brosius, Internationales Sekretariat der IKL

Kopie an: Armeegeneral B. W. Snetkow, Oberkommandant der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR, Zossen-Wünsdorf

KONTAKTADRESSEN

SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

SpAD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Tel.: (0 30) 4 92 78 66

Spartakist
Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

U. Nündel
Postamt 25
Postlagernd
Leipzig 7025

SpAD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel.: (0 40) 32 36 44

SpAD
c/o Kultur- und
Tagungszentrum
Raum 30
Leninallee 70
Halle 4020
Tel.: Halle 2 90 55

SpAD
HPA Rostock
Postlag. 01
Rostock 2500

Briefwechsel...

Fortsetzung von Seite 2

Land“, d. h. Revolution in keinem anderen, diametral entgegengesetzt.

Aus der PDS bin ich ausgetreten, weil auch diese Partei Klassenkampf und Imperialismus in Anführungszeichen setzen möchte, um sich der Bourgeoisie anzubiedern. Pseudopazifisten, die „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus predigen, entwaffnen nur die Werktätigen und Unterdrückten. Die Arbeiterklasse im Osten und Westen vom Würgegriff ihrer versöhnlerischen Führung zu befreien, damit endlich die Werktätigen gewinnen und entscheiden zugunsten der Menschheit, ist unsere Aufgabe.

Dazu brauchen wir eine revolutionäre Avantgardepartei, die proletarisch und internationalistisch ist, um den Imperialismus *global* auf den Müllhaufen der Geschichte zu schmeißen. Nur dadurch können wir wirklich die Imperialisten abrüsten und die Tür zum Sozialismus öffnen.

Mit freundlichen Grüßen
Ralf N., SpAD

Roma und Cinti...

Fortsetzung von Seite 16

Existenzminimum. Familien mit mehreren Kindern können einfach nicht mit einem Einkommen auskommen, ganz zu schweigen von Arbeitslosenunterstützung.“ Er zitiert einen Sozialarbeiter in Budapest: „Etwa ein Drittel meiner Klienten suchen einen Job... Oft werden sie nur gefeuert, weil sie von Zigeunern abstammen.“

Gleichzeitig kündigte die „Regierung“ der DDR an, daß sie das „Ausländergesetz“ des westdeutschen Imperialismus übernehmen will. Seit dem 1. Juli sind es die Grenzen nach Osten, die für „Unerwünschte“ abgeriegelt werden; Hunderte von Roma wurden an der Grenze mit der CSFR zurückgewiesen. Am 3. August wurde ein Roma-Lager nahe Cottbus „aufgeräumt“.

Als die DDR unter stalinistischer Herrschaft stand, wurden Treffen von Cinti, sogar Bücher über die Nazi-Verfolgung von Roma und Cinti vereitelt, wie ein Brief an *Neues Deutschland* (28./29. Juli) von Reimar Gilsenbach zeigt. Er stellt weiter fest, daß die „Richtlinie für die Anerkennung als Verfolgter des Naziregimes“ für Cinti restriktiver war als für Juden. Trotzdem wurde 1949 allen in der DDR lebenden Cinti die Staatsbürgerschaft verliehen. In Westdeutschland erhielt die große Mehrheit der Roma und Cinti weder Entschädigung noch Staatsbürgerschaft!

An den saarländischen Ministerpräsidenten
und Kanzlerkandidaten der SPD
Oskar Lafontaine, Saarbrücken

An den Senator für Inneres
Peter Sakuth (SPD), Bremen

6. August 1990

Das Komitee für soziale Verteidigung (Kfsv) protestiert schärfstens gegen die grausame Eskalation der rassistischen Verfolgung und Abschiebung von Roma in den von der SPD regierten Bundesländern Bremen und Saarland. Wir rufen die gesamte Arbeiterbewegung und alle, die für Bürgerrechte eintreten, auf, sich unserem Protest anzuschließen. Ekrem Imer wurde aus der Bremer Ausländerbehörde verschleppt und abgeschoben, während er versuchte, den bürokratischen Auflagen Folge zu leisten. Damit soll demonstriert werden, daß auch im „liberalen“ Bremen kein Immigrant oder Asylbewerber sicher ist vor willkürlicher und direkter Abschiebung.

Die Regierung des Saarlands versucht, Asylbewerber zu *Untermenschen* zu reduzieren, indem sie sie in das überfüllte Konzentrationslager in Lebach pfercht. Als Möchtegern-Kanzler eines neuen deutschen Reichs weidete sich Lafontaine an seinem „Erfolg“, Hunderte von Roma aus Lebach vertrieben zu haben, indem er gnadenlos ihre mageren Rationen zusammenstreichen ließ und eine rassistische Hetze in der Bevölkerung des Orts entfachte. So sieht Lafontaines „Asylpraxis ändern“ in der Wirklichkeit aus: er will die „Abschreckungspolitik“ der CDU noch rechts überholen.

Mit dem Feldzug, ein neues deutsches Reich zu schaffen, werden diese Opfer des Völkermordes des Dritten Reichs wieder mit Gestapomethoden verfolgt. Jetzt versucht die deutsche herrschende Klasse, die lange aufgeschobene Revanche zu nehmen an den „minderwertigen slawischen Völkern“ der UdSSR, die das Nazireich zerschlagen und das Junkertum und die Bourgeoisie von Auschwitz enteignet haben. Weil sie im Moment nichts gegen die Russen tun können, möchten sie sich ersatzweise an DDR-Funktionären, Roma und anderen Minderheiten aus dem

Die nomadische Lebensart, die soziale Organisation in Sippen und die Konzentration von Roma und Cinti in handwerklichen Gewerben machte sie verdächtig im „Sozialismus in einem Land“. So drehte Stalin die Bemühungen zurück, die seit der Oktoberrevolution 1917 unternommen wurden, die nationalen Rechte dieses Volkes anzuerkennen und seine kulturelle Entwicklung zu fördern, einschließlich einer Schriftsprache Romani. Diese befreiende Tradition der Bolschewiki haben wir im Auge, wenn wir gegen die kapitalistische Barbarei im Vierten Reich kämpfen.

Jetzt richtet das entstehende Vierte Reich seine Angriffe mit besonderer Brutalität gegen die am meisten Unterdrückten, um Schlag für Schlag gegen die erkämpften Rechte der Arbeiterklasse vorzugehen. Rassismus dient immer dem imperialistischen Prinzip „Teile und Herrsche“. Es ist das ureigenste Interesse der Arbeiterbewegung, die Verteidigung der Roma und Cinti und aller eingewanderten Arbeiter gegen Angriffe der Nazis und des bürgerlichen Staats, ob CDU/CSU- oder SPD-geführt, zu organisieren.

Das Komitee für soziale Verteidigung veröffentlichte anlässlich der rassistischen Akte gegen die Roma eine Protesterklärung, die wir nachfolgend abdrucken. Das Komitee für soziale Verteidigung ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, deren Zweck den politischen Ansichten der SpAD entspricht.

Osten rächen. Dabei ist die SPD die Speerspitze des deutschen Revanchismus. Das Klima, das sie schürt, hat dazu geführt, daß Rassisten Geld sammeln, um Nazi-Skinhead-Banden zu rekrutieren und zu bewaffnen, um Roma, Cinti und andere Minderheiten anzugreifen. Wir erinnern uns daran, daß die Zustimmung zu Hitlers erstem Militärbudget der SPD weder deren Reichstagsitze gerettet noch sie vor den Nazistiefeln bewahrt hat.

- Nein zu Abschiebung und Abschreckungspolitik!
- Volle Staatsbürgerrechte für alle Cinti und Roma und alle eingewanderten Arbeiter und ihre Familien!
- Entschädigung für die Opfer des Nazi-Völkermords statt für die Täter!
- Für Arbeiter/Immigranten/Asylanten-Mobilisierungen, um den faschistischen Terror zu stoppen!

Werner Brand für das Kfsv

SPARTAKIST 
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (16 Ausgaben): DM 10,—
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe) und die Broschüre „Marktsozialismus“ in Osteuropa

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 75

Bestellt bei:

Postfach 2002
Berlin 1026
Sparkasse der Stadt Berlin, DDR
Konto-Nr. 6652-44-314496

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Postgiro Ffm 119 88-601

SPARTAKIST

Hände weg von Roma und Cinti! Volle Staatsbürgerrechte! Lafontaine schürt Pogromhetze

Von Bayerns CSU-Innenminister Stoiber über den Westberliner CDU-Vorsitzenden Diepgen bis zum SPD-Kanzlerkandidat Lafontaine heißt es „Deutschland, einig Vaterland“ – einig gegen Roma und Cinti, die vor Verfolgung in Osteuropa fliehen. Unverhüllt kann sich das Vierte Reich kaum ankündigen.

Die SPD-regierten Länder haben jetzt in der rassistischen Verfolgung von asylsuchenden Roma und Cinti die Führung übernommen. Am 25. Juli schob das „liberale“ Bremen den staatenlosen Roma Ekrem Imer nach Jugoslawien ab. Alle 150 in Bremerhaven lebenden Roma, die vor den nationalistischen Auseinandersetzungen in der jugoslawischen Provinz Kosovo geflohen waren, sind von Abschiebung bedroht.

In Lebach, wo sich das zentrale saarländische Aufnahmelager befindet, wurden 2500 Menschen in ein Lagergetto eingepfercht, das nur für halb so viele eingerichtet war. In Lebachs Stadtrat vereinigten sich die Parteien, um eine rassistische Erklärung gegen „asoziale“ und „unzivilisierte Zigeuner“ herauszubringen und die Pogromstimmung anzuheizen. Ministerpräsident Lafontaine ließ selbst die Auszahlung der mageren Sozialhilfe einstellen, stattdessen werden nur noch „Naturalien“ ausgegeben. Auch Nordrhein-Westfalen plant, diese Praxis zu übernehmen, die bisher nur in den CDU-regierten Ländern durchgeführt wird.

In Bonn mobilisiert das wütende Kleinbürgertum mit einer „Bürgerwehr“ gegen die Roma. Die Stadtverwaltung hat für sich selbst private „Sicherheitsposten“ angeheuert, die die Schlangen vor dem Ausländer- und Sozialamt überwachen. Inzwischen mußten etwa 80 der Roma in einem fensterlosen Wehrmachtsbunker schlafen, wo sie jeden Tag brutal „desinfiziert“ werden.

„Seuchengefahr“, „Asoziale“: Dies ist die Sprache des Dritten Reichs. Unter solchen Vorwänden wurden Cinti und Roma zusammengetrieben und aus Berlin deportiert, um die Stadt für die Olympiade 1936 „vorzubereiten“. Unter solchen Vorwänden wurden sie 1939 aus ganz Deutschland in Sammellager verschleppt, 1940 nach Polen deportiert und schließlich in Auschwitz vergast.

In Ostberlin griff am 28. Juli eine rassistische Skinhead-Bande mehrere Hundert rumänische Roma und Türken aus Bulgarien an, die im Hauptbahnhof übernachteten. Beim darauffolgenden Einsatz trieb die „Volks“polizei die Opfer dieses Naziüberfalls mit Schlagstöcken aus dem Bahnhof und warf ihre Gepäckstücke hinterher. Die PDS, die am liebsten mit Leuten wie Lafontaine eine „linke Opposition“ in Deutschland aufbauen möchte, ruft schon lange danach, daß die Polizei aktiver für „Ordnung“ sorgen soll. Es ist daher nur konsequent, daß *Neues Deutschland* zu diesem blutigen Zusammenspiel von Skinheads und Polizei unter der Überschrift „Randale auf Hauptbahnhof“ lakonisch feststellte: „Durch wiederholten Polizeieinsatz wurde der Bahnhof bis 4 Uhr geräumt“.

Diese hochgepeitschte rassistische Welle führte auch dazu, daß in Essen Anwohner eines Flüchtlingswohnheims

Skinhead-Faschisten dafür bezahlten, die Bewohner zu überfallen und zu terrorisieren (*taz*, 4. August).

Lafontaine paßt sich nicht einfach an hysterische Spießbürger an, um Stimmen zu sammeln. Und es hat sich auch nicht ein „europäischer“ Dr. Jekyll plötzlich in einen deutsch-chauvinistischen Mr. Hyde verwandelt. Lafontaine hatte immer versucht, sich an die Spitze der „Friedens“bewegung zu stellen, indem er besonders auf „deutsche Souveränität“ pochte.

Lafontaines Kampagne gegen „Asylmißbrauch“ richtet sich direkt gegen den Artikel 16 des Grundgesetzes, der (wenigstens auf dem Papier) Asyl für die Opfer politischer Verfolgung garantiert, weil für die SPD feststeht, daß es im „demokratischen“ Osteuropa von heute keine rassistische oder nationalistische Verfolgung gibt. Flüchtlinge vor dem stalinistischen Regime in Albanien sind natürlich aufgenommen, was nur diese sozialdemokratische, antikommunistische „Regel“ beweist. So ist die rassistische Politik des Bremer Senats verbunden mit der Bereitschaft, 400 albanische Flüchtlinge aufzunehmen.

In Wirklichkeit hat der Zerfall der stalinistischen Regime eine Wiederkehr des alten chauvinistischen, faschistischen und antisemitischen Drecks mit sich gebracht, und die Roma und Cinti sind unter den ersten Opfern. In Rumänien, wo die Roma nach den Ungarn die zweitgrößte nationale Minderheit stellen, führt die sinistre Vatra Romanesca die Tradition der Faschisten der Eisernen Garde fort, Pogrome gegen nationale Minderheiten zu organisieren. Ein Manifest von Vatra Romanesca ruft zum „blutigen Kampf“ auf gegen „asiatische Hunnen, Zigeuner und andere Vagabunden“, die den „heiligen Boden“ Rumäniens „besudelt“ haben (*Frankfurter Rundschau*, 12. April).

In der Ex-CSSR, die beginnt, in ihre tschechischen und slowakischen Bestandteile zu zerfallen, ereignen sich fast täglich rassistische Angriffe auf Roma in Nordböhmen. Havels Polizei sieht untätig bei Pogromen zu, wie dem direkt in Prag am 1. Mai, das von einem Haufen von 200 Skinheads und Punks organisiert war. In der Slowakei wird die völkermörderische Praxis der Zwangssterilisierungen von Roma-Frauen, die vom alten stalinistischen Regime betrieben wurde, von den neuen, „demokratischen“ Nationalkomitees weiter empfohlen. Dies ist nicht überraschend, wo gerade Monsignore Tiso, der klerikalfaschistische Häuptling von Hitlers slowakischem Marionettenregime, als ein Nationalheld rehabilitiert wird! Der tschechoslowakische Bundesstaat hat jetzt seine Grenzen für Roma aus Ungarn geschlossen, wo es ebenfalls Skinhead-Angriffe gegen sie gab.

Ungarn illustriert die zusammentreffenden Auswirkungen von Inflation und Arbeitslosigkeit, hervorgebracht durch den „freien Markt“, auf den Paria-Status der Roma, der ihnen bestenfalls ungelernete Jobs einbringt. Selbst der fürchterlich prokapitalistische *Hungarian Observer* (September 1989) mußte zugeben: „Viele leben weit unter dem

Fortgesetzt auf Seite 15